

Vorlage Nr.: 2026/0437

Eingang: 22.05.2026

Zeitenwende im Bevölkerungsschutz – Karlsruhe resilient, vernetzt und zukunftsfähig aufstellen

Anfrage: FÜR

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	23.06.2026	39	Ö	Kenntnisnahme

1. Vernetzung und Krisenstab:

- Wie greifen die verschiedenen Akteure (Branddirektion, Blaulichtorganisationen, THW, Rettungsdienste, Krankenhäuser, Ärzte, Verwaltung und CERT, ggf. Bundeswehr) im Krisenfall technologisch und operativ ineinander? Gibt es ein zentrales, behördenübergreifendes Lagebild?
- Wie gestaltet sich die konkrete Zusammenarbeit und Einsatzkoordination nicht nur innerhalb der Stadt, sondern vernetzt mit dem Landkreis Karlsruhe und dem Regierungspräsidium?
- Inwiefern fließen moderne Führungsansätze für Krisen, wie das am National Preparedness Leadership Initiative (NPLI) der Harvard University entwickelte Meta-Leadership-Modell, in die Schulung des Karlsruher Krisenstabs ein, um institutionelle Silos aufzubrechen und Schwarmintelligenz zu fördern?
- Wird der Ausbau, wie der Ersthelfer-Ansatz per App, als hochintegrierten medizinisch-zivilen Netzwerks geprüft, ähnlich den Best-Practice-Modellen aus Israel, bei dem Kliniken, Rettungskräfte und zivile Ersthelfer digital in Echtzeit verzahnt sind?

2. Physischer Schutz und Schutzraum-Kataster

- Da die historischen Schutzplätze in Karlsruhe entwidmet wurden und der Bund eine Überprüfung angekündigt hat: Gibt es Bestrebungen der Stadt Karlsruhe, ein eigenes Kataster für ad-hoc schutzgebende Bauten zu erstellen?
- Werden hierbei Dual-Use-Architekturen systematisch erfasst, wie beispielsweise die U-Strab, große Gewölbekeller in öffentlichen Gebäuden, weitläufige Tiefgaragen oder existierende bunkerähnliche Keller in Privathäusern?

3. Information, Kommunikation und IT-Sicherheit

- Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Schaffung redundanter Kommunikationskanäle (unter Einsatzkräften sowie zur Bevölkerung) bei einem flächendeckenden und langanhaltenden Strom- oder Mobilfunknetz-Ausfall (Blackout; Bsp. Rastatt)?
- Inwieweit sind die Initiativen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in die städtischen Maßnahmen zur IT-Härtung eingeflossen, um die kritische Kommunikationsinfrastruktur des Krisenstabs und der Stadtverwaltung vor Cyberangriffen zu schützen?

4. Aktivierung der Bevölkerung

a) Das finnische Modell des Bevölkerungsschutzes setzt massiv auf die Vorbereitung und Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers. Welche konkreten Konzepte und Informationskampagnen plant die Stadt Karlsruhe, um den Bürgern klar definierte Aufgaben und Verhaltensweisen für verschiedene Krisenszenarien an die Hand zu geben?

b) Wie werden freiwillige Helfer, Vereine (z.B. ASB, DRK) und ungebundene zivile Spontanhelfer organisatorisch in den städtischen Katastrophenschutzbedarfsplan eingebunden, um die Resilienz im Quartier zu stärken?

5. Integration in Bundes- und Landesinitiativen

a) Wie stimmt die Stadtverwaltung ihre lokalen Konzepte mit den aktuellen Initiativen und Förderprogrammen des Bundes, des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie des Landes Baden-Württemberg ab?

b) Wurden aufgrund der geforderten "Zeitenwende" im Zivilschutz bereits zusätzliche Fördermittel von Bund oder Land beantragt, um den stark gestiegenen Personal- und Finanzbedarf in diesem Bereich zu decken?

Begründung:

Die aktuelle geopolitische Bedrohungslage, zunehmende extreme Wetterereignisse und die Gefahr von Cyberangriffen auf Kritische Infrastrukturen erfordern eine Neuausrichtung des Zivil- und Bevölkerungsschutzes.

Bisherige Berichte und Stellungnahmen der Verwaltung (z.B. Vorlagen 2021/0770/3 und 2024/0336) zeigen, dass sich die Branddirektion und die Stadt auf den Weg gemacht haben, etwa durch die Erstellung eines Katastrophenschutzbedarfsplans. Gleichzeitig wird jedoch sichtbar, dass ein integrativer Ansatz, der alle Akteure nahtlos verbindet und die Zivilbevölkerung aktiv einbindet, noch Ausbaupotenzial hat.

Der Bund und die Bundesregierung streben angesichts der veränderten globalen Bedrohungslage eine deutliche Stärkung des Bevölkerungsschutzes an. Vor Ort in den Kommunen muss diese nationale Vorgabe operativ umgesetzt werden.

Es reicht im 21. Jahrhundert nicht mehr aus, Zivil- und Katastrophenschutz in isolierten Ressorts zu denken. Wenn klassische Infrastrukturen (Strom, Wasser, Wärmeversorgung, Funk, IT) ausfallen, entscheidet die nahtlose, institutionsübergreifende Zusammenarbeit (Meta-Leadership) über die Handlungsfähigkeit einer Stadt. Zwar gibt es in Karlsruhe einen Krisenstab, doch die Herausforderung liegt in der direkten Vernetzung von Stadt, Landkreis, Blaulichtorganisationen, dem THW, medizinischen Einrichtungen und der IT-Sicherheit, ein integratives Zusammenwirken, das in Ländern wie Israel bereits gelebter Standard ist.

Besonderes Augenmerk muss auf der Zivilbevölkerung liegen. Der Staat wird bei Großschadenslagen nicht überall gleichzeitig sein können. Karlsruhe muss sich hier an internationalen Best-Practice-Beispielen wie Finnland orientieren, wo die Bevölkerung intensiv geschult und mit konkreten Krisenaufgaben betraut wird. Dies schafft "Schwarmintelligenz" und gesellschaftliche Resilienz.

Zudem muss das Thema der schutzgebenden Bauten pragmatisch neu gedacht werden. Da klassische Bunker de facto nicht mehr existieren, bedarf es einer Bestandsaufnahme von alternativen Schutzräumen (U-Strab, große Keller etc.), um für Extremfälle vorbereitet zu sein.

Mit dieser Anfrage möchte FÜR Karlsruhe anregen, das Thema Bevölkerungsschutz nicht isoliert zu betrachten, sondern als ganzheitliche Aufgabe, die Technologie, Infrastruktur, medizinische Versorgung und vor allem die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt aktiv miteinander vernetzt.

Unterzeichnet von:
Friedemann Kalmbach